



Drucksache zur Entscheidung	Status: öffentlich Federführung: FB 20 Allgemeiner Bürgerservice AZ: 20.01/Sd/cn Verfasser/Bearbeiter: Frau Schneider	
Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Moria und Beitritt der Stadt Buchholz zum Bündnis "Sicherer Hafen" Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke vom 17.09.2020		
Beratungsfolge: (Entscheidung durch den Rat der Stadt Buchholz i.d.N.)		
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i> Ausschuss für Soziales, Jugend und Kultur Verwaltungsausschuss Rat der Stadt Buchholz i.d.N.	<i>Zusatzinformation</i>

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke:

Der Rat der Stadt Buchholz i.d.N. möge beschließen:

1. Die Stadt Buchholz in der Nordheide fordert den Landkreis Harburg auf, bei den zuständigen Landes- und Bundesbehörden deutlich die Bereitschaft zur Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem griechischen Lager Moria zu signalisieren.
2. Die Stadt Buchholz tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Hafen“ bei.

Stellungnahme zu Punkt 1:

Die Verwaltung ist sich der politischen Dimension der Flüchtlingsproblematik und der daraus für sie als Kommune resultierenden humanitären Verantwortung in vollem Umfang bewusst. Gerade wegen der Brisanz derart komplexer Herausforderungen bedarf das Thema einer hoch differenzierten Betrachtung unter Würdigung gesamtpolitisch eingebetteter Abhängigkeiten im Hinblick auf eine realisierbare Handhabung. Unter diesen Gesichtspunkten sind für die Stadt Buchholz i.d.N. u.a. folgende Rahmenbedingungen zu bedenken:

In Folge einer späteren Anerkennung der Geflüchteten wird die Kommune unterbringungspflichtig. Eine dabei eventuell bestehende Kapazitätsproblematik ist sensibel abzuwägen und in enger Abstimmung mit dem Landkreis zu lösen. Hierbei ist als Rahmenbedingung zusätzlich auch die landkreiseigene Kapazitätsplanung im Unterbringungskonzept einzubeziehen.

Stellungnahme zu Punkt 2:

Der vorgeschlagene Beitritt zum kommunalen Bündnis „Städte sicherer Häfen“ wird der Dimension der gesamten Flüchtlingsproblematik nach Einschätzung der Verwaltung insofern nicht gerecht, als dass mit aus Seenot geretteten Flüchtlingen lediglich einer kleinen Teilgruppe Hilfe zukommt. Da diese außerdem nur mit Hilfe der Bundesregierung und EU-Institutionen möglich ist, besteht die Gefahr, vor der Bevölkerung mit nicht eingelösten Versprechen unglaubwürdig zu werden.

Gesamtfazit:

Die Verwaltung ist selbstverständlich vorbehaltlos zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit, hat das in der Vergangenheit unter Beweis gestellt und wird das auch zukünftig im Rahmen der Aufgabenzuweisung erledigen. Es wird lediglich von Einzelmaßnahmen zugunsten einzelner Teilgruppen abgeraten.

Klimaauswirkungen:

Aus dem vorliegenden Antrag sind keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Klima der Stadt Buchholz i.d.N. zu identifizieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Nicht bekannt.

Anlage:

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke vom 17.09.2020